



„Gegen Bürgerarmut
nach Ausverkauf
städtischer
Einrichtungen“
Eugen Kalff



„Für bleibende
Arbeits- und
Lebensqualität in
Mülheim“
Judith Musilok



„Die politisch
getroffenen
Entscheidungen zur
Veräußerung
städtischen Eigentums
und damit
Bürgerbesitzes,
empören mich und
führen zu meinem Engagement im
Bürgerbegehren“
Ulrich Schafeld

Aktion: Stopp dem Ausverkauf - Soziale Stadt muss sein!

Die Sprecher/in des Bürgerbegehrens sind:

Eugen Kalff
Prinzess-Luise-Straße 110
45479 Mülheim an der Ruhr

Judith Musilok
Rheinische Straße 14
45468 Mülheim an der Ruhr

Ulrich Schafeld
Zeppelinstraße 36
45470 Mülheim an der Ruhr

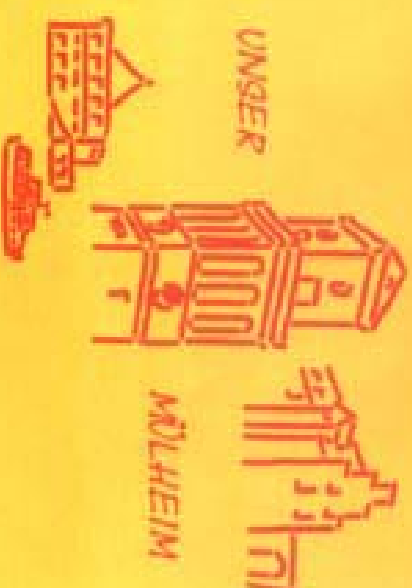
Für
Fragen und Anregungen
steht Ihnen das Büro des Bürgerbegehrens
Friedrichstr. 24 in 45468 Mülheim
wochentags in der Zeit von 8:00 bis 18:00 Uhr
zur Verfügung.

Tel. 0208 / 437 26 15

VSdDP: Eugen Kalff
Prinzess-Luise-Straße 110
45479 Mülheim an der Ruhr

Aktion: Stopp dem Ausverkauf - Soziale Stadt muss sein!

Mülheim gehört uns!



Wir lassen uns nicht verkaufen!

Bürgerbegehren
für
Daselnsvorsorge
in Bürgerhand
gegen den Ausverkauf
kommunalen Eigentums



Aktion: Stopp dem Ausverkauf - Soziale Stadt muss sein!

Liebe Mülheimer Bürgerinnen und Bürger,

wir alle haben ein Recht auf sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom, Gas, Wasser, Wärme, auf Entsorgung von Abwasser und Abfall, auf einen öffentlichen Personennahverkehr, auf eine für alle gleiche Altenpflege, auf kommunalen Wohnungsbau, auf ausreichende Kindergartennetze, auf kostenlose Schulen für alle, auf Schwimmbäder und Sportstätten etc.

Unsere Betriebe der Daseinsvorsorge sind das Eigentum der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger und gewährleisten bürgernahe und zuverlässige Versorgungsleistungen. Sie stärken in hohem Maße die regionale Wirtschaft und sichern den Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen – zunehmend auch für Frauen.

Wir brauchen deshalb diese Bereiche der Daseinsvorsorge im Alleinbesitz der Stadt bzw. der Öffentlichen Hand!

Ein – auch nur teilweiser – Verkauf dieser städtischen Dienstleistungsbereiche an rein gewinnorientierte Privatunternehmen bedeutet einen Verlust für die Bürgerinnen und Bürger und es besteht die Gefahr, dass Daseinsvorsorge immer mehr zum Spekulationsobjekt wird.

Wer glaubt, allein durch Privatisierungen den städtischen Haushalt sanieren zu können, der irt!

Die am höchsten verschuldete Stadt, die Ausgründungen mit Priorität betrieben hat, ist Oberhausen. Die finanziell potenteste Stadt ist Bochum, deren Strategie es war und immer noch ist, die kommunalen Einrichtungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge bei sich zu behalten.

In Mülheim scheint sich dagegen eine große Mehrheit aus CDU, FDP und SPD im Rat der Stadt – auch über die Kommunalwahl hinaus –

Aktion: Stopp dem Ausverkauf – Soziale Stadt muss sein!

darin einig zu sein, diese Bereiche ganz oder in Teilen zu verkaufen, ganz nach der Devise: *„Privatisierung um jeden Preis, auch wenn kommunalpolitische Verantwortung, städtischer Einfluss und Selbstständigkeit gleich mit verkauft werden.“*

Verpflichten sie deshalb durch ihr „JA“ zum Bürgerbegehren den neu gewählten Rat der Stadt dazu, dass z. B.

- die Alteinrichtungen dauerhaft in städtischer Hand bleiben und die Politik sich ihrer Verantwortung für die Pflege älterer Menschen in unserer Stadt nicht durch die gänzliche oder teilweise Abgabe an private Betreiber entzieht.
- die Stadtbücherei auch im Rahmen des geplanten „Medienhauses“ zu bezahlbaren Gebühren genutzt werden kann.
- Müll – und Abwassergebühren in Mülheim an der Ruhr stabil und bezahlbar bleiben.

Was wurde schon privatisiert?

Müllabfuhr und Straßenreinigung

in Mülheim an der Ruhr befinden sich bereits in privater Rechtsform. Ergebnis bis heute: 6 Mio. Euro Schulden!!!

Der Entwässerungsbetrieb

(Abwasserentsorgung) steht vor der Privatisierung – trotz der negativen Erfahrungen bei der Privatisierung von Müllabfuhr und Straßenreinigung!

Das Kindererholungsheim in Keitum auf Sylt

ist nach Verkauf durch die Stadt nun geschlossen – Kindererholung findet dort nicht mehr statt!!!

Aktion: Stopp dem Ausverkauf – Soziale Stadt muss sein!

(Aufgrund der hervorragenden Lage von Haus und Grundstück droht es zum Spekulationsobjekt zu werden!)

Die Betriebe der Stadt Mülheim an der Ruhr

wurden mittlerweile in eine GmbH umgegründet – hoffentlich machen wir nicht die Erfahrungen der seit 1993 privatisierten Bundesbahn, denn ein funktionierendes System öffentlicher Verkehrsmittel, so wie wir es früher kannten, ist nicht marktwirtschaftlich zu führen und kostet Geld!!!

Sie sehen, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge sich auch in unserer Stadt bereits Veränderungen ergeben haben und möglicherweise noch ergeben können. In NRW sind mehr als 50% der Dienstleistungen, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gezählt werden, in privater Hand – mit meist negativen Folgen: **Die Qualität der Leistung sinkt – die Gebühren steigen (Abfallgebühren in Kommunen, die nicht privatisiert haben, sind geringer!).** Die lokale Demokratie wird eingeschränkt und die Räte entscheiden auf zentralen Feldern der Daseinsvorsorge nur noch indirekt.

Deshalb lehnen wir Privatisierungen

öffentlicher Dienstleistungen ab! Wir setzen auf Optimierung und Modernisierung und sind für aktive Daseinsgestaltung. Alle Felder der Daseinsvorsorge sind akut gefährdet; sie stehen somit in der Auseinandersetzung und müssen von Bürgerinnen und Bürgern **(also von uns allen!!!)** aktiv gestaltet werden. Lernen wir also aus gemachten Fehleinschätzungen der Vergangenheit: Auch Mülheim hat sein Negativbeispiel:

Die Mülheimer Versorgungsgesellschaft (MEG).

Aktion: Stopp dem Ausverkauf – Soziale Stadt muss sein!